Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

75. Sitzung
29. Juni 2026

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.33 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	0299
Drucksache 19/3274	InnSichO(f)
Erstes Gesetz zur Änderung des	GesPfleg
Katastrophenschutzgesetzes	Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Redaktion: Nina Vogel, Tel. 2325-1460 beziehungsweise. quer 99407-1460

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1582 **Gefahren des Linksextremismus in Berlin endlich ernst nehmen und konsequent bekämpfen!**	0163 InnSichO VerfSch(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Desinformation als sicherheitspolitische Herausforderung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	0303 InnSichO
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Stärkung der Resilienz im Umgang mit Desinformation und hybriden Bedrohungen** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0295 InnSichO
c)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1787 **Information statt Desinformation: Eine Kampagne gegen Desinformation für Berlin**	0187 InnSichO BuEuMe(f)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße an dieser Stelle ganz herzlich unsere Anzuhörenden. Das sind Frau Karolin Schwarz, freie Autorin, Beraterin für Desinformation, Rechtsextremismus im Netz und Rechtsterrorismus, Frau Smirnova von CeMAS – Center für Monitoring, Analyse und Strategie gemeinnützige GmbH – herzlich willkommen! – und Herr Fabrice Bannwart, Abteilung 4 – Spionage und Cyberabwehr – des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßen wir ferner Herrn Bernhard Stelzl aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, der uns gegebenenfalls für Fragen der Ausschussmitglieder ebenfalls zur Verfügung stehen wird. Vielen Dank, dass Sie heute hier sind!

Wir haben die Anhörung beschlossen, und ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir selbstverständlich so. – Es erfolgt nun zunächst die Begründung des Besprechungspunktes zu Tagesordnungspunkt 4 a. Wer übernimmt das? – Das übernimmt Frau Abgeordnete Ahmadi. – Bitte, Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Bevor ich zur Begründung komme, würde ich gerne in Anbetracht der Zeit und da auch unsere Anzuhörenden schon länger hier sitzen und weil es die letzte Möglichkeit in dieser Legislatur ist, das Thema ausführlich zu behandeln, die Verlängerung der Sitzung beantragen, sodass wir so lange hier sitzen, bis wir alle fertig sind, und nicht um 12 Uhr die Sitzung beenden, denn das würde der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Möchten Sie trotzdem zuerst Ihren Antrag begründen, oder möchten Sie erst eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob wir verlängern? – [Zuruf von Gollaleh Ahmadi (GRÜNE)] – Dann ist der Antrag auf eine Verlängerung der Sitzungsdauer bis 12.30 Uhr – das ist das Maximum – gestellt. Kann ich hierzu Einvernehmen feststellen? – Ich sehe keinen Widerspruch; dann verfahren wir so. – Frau Abgeordnete Ahmadi, dann haben Sie das Wort zur inhaltlichen Begründung, und zwar zu 4 a und c, wenn ich das anregen darf und Sie das nicht anders geplant haben. Bitte!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch Ihnen, unseren Expertinnen und Experten, die heute eingeladen sind und uns eine Einführung in das Thema geben beziehungsweise es mit uns vertiefen! Herzlich willkommen! – Das Spiegel-Magazin vom 26. Juni 2026 hat die Headline:

> „Russisch gesteuerte Einflusskampagne zielt auf anstehende Landtagswahlen – Mit einer groß angelegten Einflussoperation versuchen ausländische Akteure, Ost- und Westdeutsche gegeneinander aufzuhetzen. Es ist nicht die erste Kampagne der Operation ‚Matrjoschka‘.“

Wir haben im Vorfeld der Bundestagswahl die Bauschaum-Autosabotagen in Berlin, Stuttgart und Bayern gehabt. Wir hatten angeblich manipulierte Wahlunterlagen zum Nachteil der AfD im Januar 2025. Wir haben die Bettwanzenkrise in Paris erlebt. Wir haben den Brexit erlebt und gezielte Desinformationskampagnen von Trump-Funktionären bis hin zu ausländischen Autokraten gegen die demokratische Kandidatin Kamala Harris, die Desinformationskampagnen in der Coronazeit, die hauptsächlich gesundheitliche Desinformation verbreitet haben und demokratische Institutionen delegitimieren sollten.

Neben der Wahl in Sachsen-Anhalt steht in weniger als drei Monaten auch die Wahl in Berlin, unserer Bundeshauptstadt, an. Gerade in guter Betrachtung der letzten Jahre ist es umso wichtiger, hier hinzuschauen, was auf uns zukommen kann. Nehmen wir das Thema Desinformation ernst! Wie wehren wir Meinungsmanipulation ab, und wie gehen wir danach damit um, wenn die Desinformation sich verbreitet hat und wir insgesamt ein paar Tage brauchen, um einen Faktencheck zu machen? Wie flächendeckend verbreiten wir die Fakten, nachdem wir diesen Check gemacht haben? Die Erfahrung der Bettwanzenkampagne, nachdem Russland selbst zugegeben hat, dass es eigentlich die europäischen Gesellschaften damit testen wollten, wie anfällig sie für Desinformation und Meinungsmanipulation sind, zeigt, dass, wenn delegitimierende Narrative einmal festgesetzt sind, es schwierig ist, sie wieder mit Fakten zu widerlegen.

Sie merken, wir leben mitten in hybrider Kriegsführung und sind dagegen nicht gut gewappnet. Noch nie in der Geschichte hatten so viele Menschen so einfachen und schnellen Zugang zu Informationen. Demokratien leben von Informationen, die Bürgerinnen und Bürger auf-

nehmen, aber sie werden nur resilient durch Fakten und dadurch, dass die Menschen diese Fakten erkennen, dass sie Manipulationen erkennen und mit den Informationen umgehen können, indem sie auch Quellen überprüfen. Genau dieses Fundament wird durch Desinformation zunehmend angegriffen von ausländischen Autokraten wie Putin, aber auch von rechtsextremen Parteien von innen. Wir erleben, wie gezielt Falschinformationen verbreitet werden, um Misstrauen zu schüren, gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen und demokratische Institutionen zu delegitimieren. Besonders in Krisenzeiten – davon hatten wir in den letzten Jahren einige, und wir können davon ausgehen, dass diese durch die globalen Krisen noch mehr werden – verbreitet sich Verunsicherung immer schneller. Es ist unsere politische Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Diese Entwicklungen sind sicherheitspolitische Herausforderungen und eine Frage der demokratischen Resilienz. Denn unsere Sicherheit bemisst sich daran, ob Menschen Manipulationsversuche erkennen, Informationen kritisch einordnen und Vertrauen in demokratische Prozesse bewahren können. Wer für solche Desinformationen anfällig ist und wer für welche Desinformationsthemen anfällig ist, hängt natürlich von unterschiedlichen Faktoren ab. Studien zeigen, Frauen sind eher für gesundheitliche Desinformation anfällig, Männer – wen wundert es? – für geopolitische Themen und Kinder und Jugendliche eher für Themen, die sie in Richtung Radikalisierung treiben. Von daher freue ich mich umso mehr, dass die Expertinnen und Experten heute da sind und uns einführen. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur in diesem Ausschuss, sondern auch in anderen Ausschüssen wie jenen für Medien und für Verfassungsschutz einige Male zum Thema gesprochen. Wir haben auch einige Male gehört, dass man auf Landesebene wenig machen kann. Wir Grüne sind, das zeigt ja auch unser Antrag, schon der Meinung, dass wir eben auf Landesebene sehr viel erreichen können, sehr viel in der Hand haben und auch sehr viel Kompetenz. Daher freue ich mich, dass die Expertinnen uns ihre Erkenntnisse hier noch mal offenlegen können, wie breit unsere Handlungsfähigkeit auf Landesebene ist.

Unser Antrag ist schon etwas älter; wir haben ihn 2024 eingeführt, und das Ziel war eine Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2025. Nun hatten wir einen vorgezogenen Wahlkampf, und jetzt haben wir noch die Chance, für den Abgeordnetenhauswahlkampf eine Kampagne zu starten, mit der wir informieren und die Menschen vor Desinformationen warnen – Kinder und Jugendliche in den Schulen und Jugendeinrichtungen, aber auch Erwachsene, die, wenn sie nicht Digital Natives sind, wenn sie keine digitale Medienkompetenz haben, sehr anfällig für Desinformation sind. Es ist noch nicht zu spät. Es sind weniger als 90 Tage, aber es ist noch nicht fünf vor zwölf. Wir könnten heute schon anfangen, eine Kampagne gegen Desinformation zu starten, und zwar jenseits des Newsletters des Landeswahlleiters, den ich sehr schätze, der aber noch lange nicht ausreicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Ahmadi! – Wir kommen zur Begründung des Besprechungspunktes unter Tagesordnungspunkt 4 b. Hier beginnt mit der Begründung die Fraktion der CDU. – Herr Abgeordneter Dregger, bitte, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich mache es mit Blick auf die Zeit ganz kurz: Es geht bei der zersetzenden Desinformation um nicht weniger als um einen Angriff auf den Zusammenhalt unseres Landes. Das ist gefährlich. Natürlich wird in einem demokratischen, freien Land streitig diskutiert, aber wenn das Land Bedrohungen ausgesetzt

ist, dann würde man eigentlich erwarten, dass es zusammenrückt. Das ist aber nur noch begrenzt erkennbar. Die Tatsache, dass der russische Angriffskrieg in nicht geringen Teilen der Bevölkerung als durch den Westen verursacht dargestellt wird, zeigt, dass Desinformation und die völlige Ausschaltung von historischen Fakten Erfolg haben, auch in unserem Land, und das ist nur ein Beispiel. Wir werden deswegen als Land und in unserer Resilienz, in unserer Widerstandsfähigkeit auch bei sicherheitspolitischen Herausforderungen substanziell beeinträchtigt, wenn wir nicht diese Desinformation erkennen, offenlegen und dafür sorgen, dass das in weiten Teilen der Bevölkerung gelingt. Das gilt nicht nur für Gefahren von außen, sondern Desinformation ist auch ein innenpolitisches Mittel, das zunehmend Verwendung findet und das gepaart ist mit der Verbreitung der sozialen Netzwerke, die sich dafür in einem ungeheuren Ausmaße eignen, unter Einsatz von KI, von technologischen Möglichkeiten. Wie wir als demokratischer Rechtsstaat unter Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit in der Lage sind, dort steuernd einzugreifen, ist eine große Frage, die ich gerne auch unseren Sachverständigen stellen möchte. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Die SPD-Fraktion hat freundlicherweise bereits signalisiert, dass sie keine ergänzende Begründung vornehmen wird, sodass wir direkt zu den Anzuhörenden kommen können, nachdem auch Frau Senatorin so freundlich war, mir zu sagen, dass sie im Anschluss Stellung nehmen wird. Ich schlage vor, dass wir in der Reihenfolge, wie Sie sitzen, vorgehen und mit Herrn Bannwart beginnen. Ich darf daran erinnern, dass wir fünf Minuten für die Eingangsstatements eingeplant haben; die Antwortrunden können dann natürlich sehr viel ausführlicher sein. Ich würde Sie aber bitten, die Zeit einzuhalten. – Herr Bannwart, bitte, Sie haben das Wort!

Fabrice Bannwart (BfV): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es wurde bereits erwähnt, Desinformation und Informationsmanipulation durch fremde Mächte ist Teil hybrider Kriegsführung und eine Gefahr für unsere Demokratie. Insbesondere die Russische Föderation versucht mit diesem Mittel, unsere freie Meinungs- und Willensbildung zu beeinflussen und in ihrem eigenen Sinne zu manipulieren. Ich möchte in den folgenden paar Minuten vor allen Dingen auf drei Punkte eingehen: Worin liegt die Bedrohung? Was bedeutet das für Wahlen? Und was verändert KI?

Staatlich gesteuerte Informationsmanipulation zielt insbesondere darauf ab, die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, um demokratische Konsensfindung zu erschweren und das Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und deren Spitzenpersonal zu schwächen – letztendlich, um Akzeptanz politischer Entscheidungen zu mindern und langfristig gar Entscheidungsunfähigkeit herbeizuführen. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland eines der Hauptziele von Informationsmanipulation durch russische Akteure. Das liegt zum einen in der besonderen Bedeutung begründet, die Deutschland in der EU und der NATO einnimmt, zum anderen aber auch in der zentralen Rolle, die Deutschland bei der Unterstützung der Ukraine einnimmt.

Vielleicht ganz kurz: Konzeptionell orientiert sich das BfV, das Bundesamt für Verfassungsschutz, in der Bearbeitung an dem durch die EU geprägten Begriff FIMI; das steht für Foreign Information Manipulation and Interference. Warum betone ich das noch mal? – Weil es uns hier vor allen Dingen darum geht, dass wir uns mit dem manipulativen Verhalten von Akteuren und Netzwerken beschäftigen, weniger mit dem Wahrheitsgehalt einzelner Desinformationen. Diese FIMI-Aktivitäten oder, wie eingangs gesagt, Informationsmanipulationen zielen

auf demokratische Schlüsselprozesse ab, insbesondere auf Wahlen. Staatlich gesteuerte Akteure greifen hier auf mehreren Ebenen an, zum einen natürlich auf der Ebene der Willensbildung, indem konkrete Willensbildung und Meinungsfindung beeinflusst werden sollen, zum anderen aber auch, indem das Vertrauen in die Wahlen an sich und das Ergebnis der Wahl erodiert werden soll.

Für Berlin bedeutet das konkret, auch die Wahlen im September sind ein potenzielles Ziel. Als Hauptstadt kann hier von einer hohen Symbolkraft für den gesamtgesellschaftlichen Zustand des Landes ausgegangen werden. Dabei nehmen staatlich gesteuerte Informationsmanipulationen häufig Parteien und deren Führungspersonal in den Fokus. Derzeit betrifft dies insbesondere Bundeskanzler Friedrich Merz, anlassbezogen können aber auch Personen auf Landes- und Regionalebene in den Fokus geraten. Wir möchten nochmals betonen, dass es in einem solchen Fall meist am wirksamsten ist, wenn Betroffene selbst entscheidende Maßnahmen ergreifen. Das bedeutet, Strafanzeigen oder Löschersuchen können in dem Zusammenhang gestellt werden, um die Verbreitung dann bestmöglich zu verhindern.

Aus der Bundestagswahl 2025 – sie wurde vorhin schon kurz erwähnt – lässt sich schlussfolgern, dass mit näher rückenden Wahlterminen russische Informationsmanipulationsaktivitäten zunehmen. Es konnte festgestellt werden, dass für Russland eher vorteilhafte politische Positionen, Personen und Parteien durch positive Darstellungen im Informationsraum unterstützt wurden, während für Russland eher nachteilige Positionen, Personen und Parteien diskreditiert und verächtlich gemacht wurden. Zudem setzte Russland auf Narrative, die auf eine Polarisierung der Gesellschaft abzielten. Zusätzlich verbreiteten russische Einflussakteure zum Wahltag hin – auch da wurde bereits ein Beispiel genannt – Desinformationen, die auf die Sicherheit und Integrität der Bundestagswahl selbst abzielten. Ich möchte betonen, dass von vergleichbaren Vorgehen zu den anstehenden Wahlen des Abgeordnetenhauses von Berlin ebenfalls ausgegangen werden muss. Auch ich hätte hier auf den bereits erwähnten Spiegel-Artikel aus der letzten Woche mit dem neuen „Matrjoschka“-Incident verwiesen, wo auf die Ost-West-Spaltung abgestellt wurde.

Künstliche Intelligenz spielt im Zusammenhang von Informationsmanipulation natürlich auf mehreren Ebenen eine entscheidende Rolle. Sie ist ein Beschleuniger, auch die Qualität wird verbessert. KI kann letztendlich durch Automatisierung die Herstellung und Distribution deutlich beschleunigen. Gleichzeitig wird durch Bildgestaltungsmöglichkeiten und auf sprachlicher Ebene, also durch Übersetzungsmöglichkeiten mit LLMs, die Qualität von einzelnen Desinformationen deutlich gesteigert.

Ich komme zum Schluss: Insgesamt stellen Informationsmanipulation und hybride Kriegsführung aus unserer Perspektive eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar, der mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnet werden muss. Hier müssen also politische Bildung, Stärkung von Medienkompetenz, die Zusammenarbeit mit Plattformen von sozialen Medien, zivilgesellschaftliche Akteure, Gesetzgebung und die nachrichtendienstliche Arbeit zusammenwirken, um die Resilienz der Gesellschaft zu erhöhen und unser demokratisches System nachhaltig verteidigen zu können. Das kürzlich eröffnete Gemeinsame Abwehrzentrum Hybrid trägt hierzu bei und ist eine zentrale Plattform, auf welcher Landes- und Bundesbehörden Informationen zu hybriden Aktionen austauschen und Maßnahmen abstimmen können. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Bannwart, auch für die wirklich sehr exakte Einhaltung der Zeit! – Frau Smirnova, bitte, Sie haben das Wort!

Julia Smirnova (CeMAS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung! Ich bin Senior Researcher am CeMAS und forsche über die Frage, wie autoritäre Staaten – mein Fokus liegt dabei auf Russland – moderne Kommunikationstechnologien nutzen, um öffentliche Meinung im Inland und im Ausland zu beeinflussen.

Ich möchte meine Stellungnahme kurz mit der Frage von Definitionen beginnen, denn diese Frage ist wichtig, um das Phänomen genau zu beschreiben und eine demokratische Antwort darauf zu finden, die grundlegende Werte wie Meinungsfreiheit und Pluralität schützt. – Unter „Desinformation“ wird eine absichtliche Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen verstanden mit dem Ziel, öffentliche Meinung zu manipulieren und Schaden anzurichten. Die Absicht, die Motivation kann dabei sowohl politisch als auch kommerziell sein. Wenn wir über dokumentierte Aktivitäten ausländischer Staaten sprechen, ist es zielführend, den bereits erwähnten Begriff Informationsmanipulation oder FIMI zu verwenden – Foreign Information Manipulation and Interfernce. Der Fokus liegt bei diesem Begriff weniger auf Inhalten, sondern stärker auf manipulativen und koordinierten Verhaltensweisen; zum Beispiel verbreiten Botnetzwerke, die im Auftrag des Kremls betrieben werden, nicht nur faktisch inkorrekte Behauptungen, sondern bestimmte politische Meinungen. Das Ziel dabei ist, einen Eindruck zu erzeugen, dass echte Menschen in Deutschland massenhaft eine bestimmte politische Meinung vertreten. In Wirklichkeit werden diese Accounts aus dem Ausland betrieben. Damit soll der Meinungsbildungsprozess beeinflusst werden. Das Netz soll mit bestimmten Meinungen überflutet werden und andere Stimmen sollen unterdrückt werden. Insofern schadet solche künstliche, koordinierte Aktivität, Verstärkung bestimmten Positionen der Meinungsfreiheit. Es gibt auch andere Begriffe, die stärkere innen- und sicherheitspolitische Konnotation tragen, Informationskrieg oder Informationskriegsführung.

In der russischen Doktrin wird Informationskrieg als Teil der sogenannten hybriden Kriegsführung gesehen, einer Kombination von militärischen und nicht militärischen Aktivitäten, die in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden stattfinden. Das Ziel dabei ist Polarisierung, Schwächung eines militärisch stärkeren Gegners, Destabilisierung und Zersetzung. Seit dem Beginn der Großinvasion in der Ukraine gehen russische Geheimdienste sowie private Auftragnehmer des Kremls besonders aggressiv gegen Länder der Europäischen Union vor. Deutschland ist dabei, wie erwähnt, eines der zentralen Ziele. Bei der Bundestagswahl versuchte Russland beispielsweise mithilfe von komplett erfundenen Falschbehauptungen, Politikerinnen und demokratische Parteien zu diskreditieren und Falschbehauptungen über angeblichen Wahlbetrug zu verbreiten.

Russische Aktivitäten in Europa finden aber nicht nur online statt. Die Bauschaum-Aktion wurde bereits erwähnt. In Frankreich wurden im Auftrag aus Russland sowohl Moscheen als auch Synagogen beschädigt. In Großbritannien rekrutierten russische Akteure online für eine gefälschte rechtsradikale sowie für eine gefälschte islamistische Gruppe, und im russischen Auftrag wurden Brandanschläge verübt. Bei solchen Aktionen geht es immer häufiger nicht darum, direkt prorussische Botschaften zu verbreiten, sondern darum, religiöse und politische Konflikte sowie gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen. Dabei wird auch die Grenze zwischen dem klassischen Bereich der inneren Sicherheit und der geopolitischen Unsicherheit

verwischt. Ausländische Akteure setzen bei der Rekrutierung auf inländische kriminelle Netzwerke und unterstützen inländische extremistische Gruppen.

Wie können sich Demokratien gegen solche Angriffe schützen? – Erforderlich ist eine strategische Kombination aus reaktiven und proaktiven Maßnahmen, bei denen der Staat, Privatunternehmen und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und koordiniert vorgehen. Die Landes- und regionale Ebene spielet dabei eine entscheidende Rolle. Auf dieser Ebene ist ein besonderes Wissen und Verständnis darüber vorhanden, in welchen Bereichen Spannungen bestehen, die von ausländischen Akteuren ausgenutzt werden können, aber auch darüber, welche regionalen und lokalen Gruppen und Organisationen besonders erfolgreich daran arbeiten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Das Ziel vieler Einflusskampagnen ist Zerstörung von Vertrauen, und dieses Vertrauen in demokratische Institutionen kann und soll auf der Landesebene gestärkt werden. Das sind wirklich Maßnahmen, die auf Landesebene umgesetzt werden können.

Zum einen sollte ein stärkerer Austausch zwischen den Bereichen innere Sicherheit und Außen- und Sicherheitspolitik stattfinden. Ganz konkret sollen Ermittlerinnen und Polizistinnen vor Ort besseres Wissen über Aktivitäten ausländischer Akteure haben und sich stärker und schneller mit den Kolleginnen aus den darauf spezialisierten Bereichen austauschen. Bei der Präventionsarbeit soll mitgedacht werden, dass insbesondere Jugendliche auch von ausländischen Akteuren für Desinformationsaktivitäten, Sabotage, Spionage und Cyberangriffe angeworben werden. Die Präventionsarbeit vor Ort soll die Rolle digitaler Plattformen und entsprechende Dynamiken im Netz berücksichtigen. Zentral ist auch die aktive Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz durch Unterstützung der Medienkompetenzprogramme für alle Altersgruppen, zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, Stärkung des lokalen Journalismus, der Landesmedienanstalten und demokratischer Beteiligungsformate auf Landesebene. Entscheidungsträgerinnen müssen weitergebildet und für entsprechende Risiken sensibilisiert werden.

Es wurde bereits erwähnt, dass Russland versucht, mit Onlinekampagnen die Landtagswahlen in Deutschland zu beeinflussen. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Versuche auch bei der Wahl in Berlin stattfinden. Berlin muss auf solche Kampagnen vorbereitet sein, zum Beispiel mit Echtzeitmonitoring, Eindämmung möglicher Kampagnen in Koordination mit Innenministerium und Social-Media-Plattformen sowie schneller strategischer Kommunikation. Berlin wird in russischen Staatsmedien als eine dekadente und dysfunktionale Stadt dargestellt, als ein leichtes Ziel für Einflusskampagnen. Ich glaube, die deutsche Hauptstadt kann zeigen, dass Pluralismus und Demokratie keine Einfallstore, sondern Stärken sind. – Ich freue mich auf die Fragen!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Smirnova! – Dann haben Sie, Frau Schwarz, das Wort. Bitte!

Karolin Schwarz (Freie Autorin): Vielen Dank für die Einladung! – Ich möchte ein kleines bisschen über die Wahlen hinausgehen – ich hoffe, Sie verzeichnen mir das – und erst einmal ganz kurz skizzieren, welche Risiken durch Desinformation entstehen. Wir haben schon einiges gehört; ich möchte trotzdem noch kurz ein paar Punkte nennen. Das ist die Manipulation der öffentlichen Meinung, die natürlich eine Rolle spielt, die in Teilen schwierig messbar ist. Wir haben uns das in den letzten Jahren reichlich angeschaut. Wenn wir uns aber ansehen,

wie zum Beispiel die Umfragewerte aus den USA unter Republikanern insbesondere zur Thematik Gestohlene Wahl aussehen, dann sehen wir ganz deutlich, dass das – auch Donald Trump hat das in den letzten Monaten mehr als 100-mal wiederholt – verfängt, auch durch die Wiederholung. Es geht im Wahlkampf auch um Verdrängung. Gerade Kandidatinnen sind von sexualisierten Deepfakes betroffen, die in vielen Ländern auf der Welt schon zum Rückzug von Kandidatinnen aus dem Wahlkampf geführt haben.

Es geht um eine Selbstgefährdung und um eine Fremdgefährdung. Die Selbstgefährdung spielt eher eine Rolle im medizinischen, gesundheitlichen Bereich, auch gerade jetzt zum Beispiel durch Menschen, die glauben, Kokosöl hilft gegen Sonnenbrand. Das ist relativ gefährlich für diejenigen, die das glauben und sich damit einschmieren statt mit Sonnencreme. Und dann kommt natürlich auch noch das Thema der Fremdgefährdung hinzu; ich habe es gerade schon erwähnt. Ich will ein paar Beispiele nennen: Der Katastrophenfall ist ein Punkt, in dem viele Informationen, nicht nur Desinformation, sondern auch Gerüchte, Misinformation, die Lücken füllen und natürlich dazu führen können, dass Menschen vielleicht keinen Schutz suchen, dass sie an den falschen Stellen Schutz suchen oder sich selbst gefährden, weil sie eben nicht das Richtige tun. Es kann zu Panik führen. Desinformation kann Panik auslösen durch Falschmeldungen im Kontext von Katastrophen oder Gewalt, Amokläufen, Terroranschlägen und so weiter. Wir haben das 2016 in München erlebt, aber auch in anderen Fällen, in Magdeburg zum Beispiel, wo Gerüchte und Falschmeldungen über andere Tatorte aufgetreten sind und das natürlich Menschen extrem verunsichert, was auch Folgen haben kann. Wir hatten auch die Fake-Amokdrohungen an Schulen in Berlin vor einiger Zeit. Auch die können natürlich Reaktionen auslösen.

Dazu kommt, dass Desinformation Einzelne markiert, zum Beispiel als Hintermänner von Straftaten, die sie nicht begangen haben, oder eben ganze Gruppen markiert als Straftäter und Straftäterinnen. Ganz banales Beispiel ist natürlich der gute alte weiße Transporter vor der Schule, in dem angeblich Roma sitzen, um Kinder zu entführen. Das gab es schon zu meiner Schulzeit. Das war nicht die Generation TikTok, sondern die Generation SMS. Auch das hat in den vergangenen Jahren in europäischen Ländern zu Ausschreitungen, zu Verfolgungsjagden geführt. – Das vielleicht zum Thema Risiken.

Zu den Gegenmaßnahmen oder Vorschlägen zu Strategien dagegen: Hier möchte ich ganz eindeutig dafür werben, nicht nur auf einen Teilaspekt zu fokussieren. Es ist nicht richtig und sinnvoll, nur auf Kinder und Jugendliche abzuzielen. Die lassen sich supergut erreichen, denn es gibt eine Schulpflicht. Grundsätzlich gibt es aber auch noch einen ganzen Haufen anderer Menschen, die erreicht werden müssen. Wir dürfen uns nicht nur auf KI fokussieren. Es gibt auch noch einen Haufen Cheap-Fakes da draußen, also Fakes, die einfach ohne KI zustande kommen, indem Dinge wie Bilder oder Videos aus dem Zusammenhang gerissen und in einen neuen Kontext gesetzt werden. Und wir dürfen uns nicht nur auf Wahlen fokussieren und auch nicht nur auf den Zeitraum unmittelbar vor Wahlen. Verzeihen Sie mir, dass ich gerade keine Fußballmetapher zur Verfügung habe, aber Desinformation ist Sprint und Marathon, es geht um kurz- und langfristige Ziele. Wahlen sind auch nicht nur acht Wochen vor der Wahl ein Punkt, sondern auch schon lange vorher. RT.de, das russische Staatsmedium, hat schon vor längerer Zeit einen eigenen Bereich eingeführt mit dem Titel „Landtagswahlen – Wir mischen mit!“; die sind da also relativ offen unterwegs.

Tools allein reichen heute nicht mehr. Das ist einfach ein Punkt, den KI beflügelt hat. Es geht vor allem auch darum zu schauen, was Menschen motiviert, an Desinformation zu glauben. KI führt dazu, dass die üblichen Tools, die wir immer vermittelt haben, relativ schwierig sind in Bereichen.

Resilienz darf nicht nur in der Bevölkerung aufgebaut werden, sondern muss auch auf Behörden und Institutionen abzielen. Das gilt sowohl für die Reaktion auf einzelne Falschmeldungen als auch die proaktive Kommunikation nach außen und die Kompetenzen in den Behörden selbst, die auch Ziel von Falschinformationen sind und darauf nicht hereinfallen dürfen.

Vernetzung ist wichtig. Wir haben heute schon relativ viele europäische Beispiele gehört; gerade das Baltikum ist ja relativ bliebt, wenn es um den Austausch in Sachen Desinformation geht. Da würde ich dafür werben, dass es nicht die eine Besuchsreise ist, sondern dass wir uns tatsächlich viel mehr in Städten in Europa austauschen, und das über einen längeren Zeitraum hinweg.

Es braucht Krisenpläne, die Desinformation beinhalten. Ich weiß nicht, ob der Begriff Prebunking schon gefallen ist; falls nicht, ganz kurz zur Erklärung: Man kann in der Prävention ganz viel tun, indem man zum Beispiel über die Motive und die Methoden von Desinformationsakteuren aufklärt und auch über wiederkehrende Falschmeldungen. Es funktioniert tatsächlich unglaublich gut mit dem Recycling im Bereich der Desinformation. Ich kann Ihnen jetzt schon so ein paar Punkte sagen, die zur Wahl wieder wiederholt werden werden, ob das die Bleistifte sind oder die unterschriebenen Wahlzettel oder eben fünfzehn andere Dinge. Der Fake-Account, der sagt, er ist als Wahlhelfer unterwegs, um irgendwelche Stimmen zu zerstören. Diese Dinge kann man vorhersehen und auch darauf vorbereiten, man kann entsprechende Schulungen durchführen.

Auch wichtig ist, das wurde gerade schon erwähnt, die Einbettung in die lokale Szene zu verstehen, also dass zwar Russland ein großer, einflussreicher Akteur ist, der sehr aktiv geworden ist, dass die aber auch darauf setzen, dass Akteure im Inland entsprechend tätig werden. Wir hatten gerade schon die Keir-Starmer-Brandanschläge, die von einem russischen Akteur im Land koordiniert und durch gezielte Desinformationen über den Hintergrund des Brandanschlags flankiert wurden, eben auch durch russische Akteure, die dann verbreitet wurden durch Akteure wie Tommy Robinson, der ja auch in Deutschland nicht ganz unbekannt ist.

Letztlich, das haben wir noch nicht besprochen, spielt auch Mehrsprachigkeit in einer Stadt wie Berlin eine Rolle. Wir brauchen Angebote, die über deutsche Sprache hinausgehen. Auch Menschen, die Englisch, Russisch, Türkisch, Arabisch sprechen, sind Ziel von Desinformation und Destabilisierungsversuchen.

Die große Herausforderung, und damit schließe ich, ist natürlich das Dritte-Person-Problem. Desinformation ist immer das Problem, das die anderen haben; ich selbst kann nicht darauf hereinfallen. Deshalb muss man das überhaupt erst mal ein bisschen durchbrechen, sodass man sieht, dass jeder Einzelne, wenn die Falschmeldung richtig gemacht ist, auf Falschmeldungen hereinfallen kann. Das ist relativ schwierig, weil viele Menschen Desinformation durchaus als Bedrohung und Problem wahrnehmen, aber das immer das Problem der anderen ist, die darauf reinfallen. Das muss man durchbrechen. Und es ist natürlich auch eine Frage der Erreichbarkeit, besonders vulnerabler Gruppen, die ohnehin schon Misstrauen gegenüber

Regierungen, Medien und so weiter pflegen. Der Umgang mit Desinformation ist eben nicht nur eine Frage des besseren Erkennens, sondern auch eine Frage von Prävention, auch Gewaltprävention. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herzlichen Dank, Frau Schwarz! – Dann können wir in die Debatte eintreten. – Herr Abgeordneter Weiß, Sie haben das Wort. Bitte!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen! Ich erlaube mir zwei Vorbemerkungen, bevor ich dann zur Sache komme. Zunächst zur Besetzung: Unsere Fraktion hatte mit Dr. Hans-Georg Maaßen einen Sachverständigen benannt, der für dieses Thema in seltener Weise doppelt qualifiziert gewesen wäre: nicht nur ehemaliger Präsident – – – [Lachen bei SPD, GRÜNEN und LINKEN – Orkan Özdemir (SPD): Erklären Sie uns das mal!] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Thorsten Weiß (AfD): Danke schön! – Als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 2012 bis 2018 kennt er die Abwehr fremdstaatlicher Einflussnahmen aus operativer Verantwortung natürlich selbst. Und als jemand, der sich heute sehr deutlich gegen staatliche Eingriffe in die Meinungsfreiheit positioniert, hätte er genau die Perspektive einbringen können, die bei den Anzuhörenden leider vollständig fehlt, nämlich die grundrechtlich-freiheitliche. – [Zurufe von Orkan Özdemir (SPD) und Sebastian Schlüsselburg (SPD)] – Möchten Sie außerhalb der Reihe reden?

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit und darum, nicht zu unterbrechen! Wir wollen unsere Redebeiträge hier gegenseitig hören. – Herr Abgeordneter Weiß, bitte Sie haben das Wort!

Thorsten Weiß (AfD): Das geht alles von der Redezeit derjenigen ab, die nach mir kommen; die Sitzung ist dann ja irgendwann zu ende. – Danke schön! – Sicherheit, Sachverstand und Freiheitsperspektive also in einer Person; das wäre für diese Anhörung ein deutlicher Gewinn gewesen. Dass der Ausschuss ihn abgelehnt hat – das hat man ja auch gerade an Ihrer Reaktion gesehen –, hat mich natürlich nicht verwundert. Es wiegt trotzdem schwer, denn die beiden zugelassenen zivilgesellschaftlichen Sachverständigen kommen ja erkennbar aus demselben Arbeitszusammenhang. Die Sicht der Meinungs- und Pressefreiheit und der staatlichen Neutralität vertritt hier heute leider niemand.

Noch etwas zum Zuschnitt: Diese Anhörung verengt das Thema hybride Bedrohung auf ausländische und vor allem russische Desinformation. Das ist ein realer Teil des Problems, ohne Frage. – [Zurufe von der SPD] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Das Wort hat der Abgeordnete Weiß! Ich bitte Sie jetzt wirklich um Aufmerksamkeit beziehungsweise darum, Ruhe zu bewahren! Wir möchten mit der Anhörung vernünftig durchkommen. – Herr Abgeordneter Weiß, bitte setzten Sie Ihre Rede fort!

Thorsten Weiß (AfD): Disziplin ist nicht jedem zu eigen, das merkt man auch politisch. – Aber es ist eben nur ein Teil des Problems. Zur Bedrohungslage gehört ebenso der Schutz kritischer Infrastruktur. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt selbst Sabotage und Einflussnahme zu denselben hybriden Bedrohungsformen. Die Angriffe auf die kritische Infrastruktur in dieser Stadt, die wir tatsächlich erlebt haben, waren nun mal linksterroristisch, nämlich die beiden Brandanschläge auf das Berliner Stromnetz, mit denen sich dieser Ausschuss heute ja auch in unserem Tagesordnungspunkt kurz befasst hat. Diese Perspektive habe ich hier leider heute auch noch nicht gehört.

Zur Sache selbst: Unsere Fraktion teilt das Schutzziel Resilienz gegen fremdstaatliche, vor allem russische Einflussoperationen, das ist eine ernste Aufgabe. Wir teilen das ausdrücklich. Entscheidend ist aber die Kehrseite der Medaille, und die kommt natürlich erwartbar zu kurz. Mit demselben Instrument lässt sich nämlich auch Missbrauch treiben. Der wunde Punkt ist ja der Begriff selbst schon, „Desinformation“ ist kein Rechtsbegriff. Wer ihn definiert, beherrscht den Diskurs. Wenn ein Staat oder eine von ihm finanzierte Stelle festlegt, welche Inhalte desinformativ sind, dann greift er in eine laufende politische Debatte ein. Genau das ist die Gefahr. Seit 2020 wird Resilienz gegen Desinformation immer wieder zum Vehikel gegen legitime oppositionelle Kritik; Thema Migration, Thema Coronapolitik, Thema Energiepolitik oder zum Ukrainekrieg, also als Desinformation zu etikettieren und sicherheitsbehörtlich zu adressieren.

Der Antrag der Grünen macht diesen Reflex ganz deutlich sichtbar. Er koppelt Desinformation in der Begründung ausdrücklich an populistische Akteure. Das hat mit neutraler Medienkompetenz nichts zu tun, sondern wäre eine staatlich finanzierte Kampagne gegen die politische Konkurrenz. Das ist genau das. Zu messen wäre sie am Neutralitätsgebot, das das Bundesverfassungsgericht in der Wanka-Entscheidung erst vor einiger Zeit präzisiert hat. Die Abwehr staatlicher Operationen ist ohnehin primär Sache des Bundes, deswegen sitzt ja auch der Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz hier heute am Tisch. Deshalb ist unsere Position ganz klar: Wir bekennen uns zu Artikel 5 des Grundgesetzes. Falschinformationen begegnet man durch besseren Diskurs, nicht durch eine staatliche Wahrheitsbehörde. Wer den Staat zum Schiedsrichter über wahr und falsch macht, gefährdet die Meinungsfreiheit, die er zu schützen vorgibt. Den Antrag der Grünen lehnen wir deswegen selbstverständlich ab. Wir erwarten vom Senat, dass er fremdstaatliche Bedrohungen dort bekämpft, wo sie liegen, nämlich in der Spionage- und Cyberabwehr, und die Bewertung politischer Inhalte denen überlässt, in deren Hand sie gehören, nämlich den Bürgern.

Jetzt habe ich noch ein paar Fragen an die Anzuhörenden und den Senat. Von dem Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz hätte ich ganz gerne gewusst: Nach welchen Maßstäben attribuiert Ihr Amt denn eine Desinformationskampagne eines fremden Staates, also welche Nachweise etwa zur Steuerung, Koordination oder Finanzierung sind dafür erforderlich? Rechnen Sie Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur zu den hybriden Bedrohungen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang demgegenüber die jüngsten linksterroristischen Anschläge auf das Berliner Stromnetz?

An Frau Schwarz hätte ich die Frage: Wenn inhaltliche Kritik thematisch mit russischen Narrativen überlappt, folgt daraus für Sie, dass das Desinformationen sind oder dass sie fremdgesteuert sind? Wie unterscheiden Sie das methodisch beides voneinander?

An Frau Smirnova die beiden Fragen: Halten Sie staatliche oder privat finanzierte Faktenchecks für mit dem Gebot staatlicher Neutralität vereinbar? Und es würde mich interessieren, wer Ihre Arbeit von CeMAS finanziert. Wie sichern Sie Ihre Unabhängigkeit gegenüber Ihren Geldgebern und Auftraggebern?

Noch drei Fragen an den Senat: Nach welcher rechtlich tragfähigen Definition von Desinformation arbeitet der Senat eigentlich, und wer in seinem Geschäftsbereich entscheidet im Einzelfall, welche Inhalte als desinformativ gelten? Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen und Faktenchecker fördert der Senat in diesem Themenfeld, und wie stellt er die parteipolitische Neutralität dieser Förderung sicher? Und drittens: Welche überprüfbaren Ergebnisse liegen für die bisherigen Maßnahmen vor – etwa die ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur hybriden Bedrohung und Desinformation sowie die Berliner Strategie für eine wehrhafte Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Netz –, und wie messen Sie die Wirksamkeit dieser Mechanismen? – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Weiß! – Bitte, Herr Abgeordneter Schrader, Sie haben das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Erst einmal herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihre spannenden Beiträge! Eine kurze Anmerkung, damit das klargestellt ist: Wir haben hier im Ausschuss und auch im Abgeordnetenhaus grundsätzlich die Möglichkeit, dass alle Fraktionen Anzuhörende vorschlagen können. Ich finde es auch richtig, dass Oppositionsfraktionen Anzuhörende vorschlagen und so unter den Anzuhörenden eine gewisse Vielfalt gewährleistet ist. Allerdings gibt es natürlich Grenzen, wenn dort Vorschläge kommen, die man dann per Mehrheit auch ablehnen kann. Wenn dort Vorschläge kommen wie Herr Maaßen, dann muss ich sagen: Das hier ist eine Anhörung für Maßnahmen gegen Desinformation und nicht für Desinformation. Da ist einfach eine Grenze erreicht, und deswegen haben wir uns und auch andere Fraktionen sich dagegen ausgesprochen.

Es ist interessant und entlarvend bei dem Redebeitrag meines Vorgängers, wie dieses Thema seitens der AfD überhaupt diskutiert wird. Wir reden hier nicht über politische Meinungen oder über irgendeinen Diskurs über politische Auffassungen über Inhalte. Es geht um Fakten. Wenn im Netz eine Information unterwegs ist, die lautet, die Erde ist eine Scheibe, und dann staatliche Stellen oder auch staatlich geförderte Stellen sagen: Nein, die Erde ist rund –, dann verlassen sie damit nicht die politische Neutralität, sondern dann stellen sie Fakten fest und stellen sie Fakten richtig. Das sind Fakten, die sind einer politischen Meinung nicht zugänglich. Genau so diskutieren Sie das aber, und genau so macht es die AfD auch systematisch im politischen Diskurs. Das ist genau das Problem, über das wir hier reden.

Jetzt möchte ich aber zum Thema kommen und zu dem, was Sie, die Anzuhörenden, gesagt haben. Dazu habe ich ein paar Fragen. Es wurde von Ihnen allen ganz schwerpunktmäßig über staatlich gesteuerte Kampagnen von außen, insbesondere durch russische Akteure, gesprochen. Mich würde aber noch interessieren, wie aus Ihrer Einschätzung so das Verhältnis zwischen diesen Aktionen von außen und Desinformationskampagnen, die ohne Steuerung von außen passieren, die im Inland entstehen, mittlerweile ist. Es kann ja entweder sein, dass Kampagnen von außen hier in Deutschland auf einen gewissen Resonanzraum stoßen, sozusagen auf eine Verstärkung, oder dass sie gleich hier entstehen. Kann man überhaupt quantitativ einschätzen, wie groß und wie umfangreich das jeweils ist? Was sind aus Ihrer Sicht, wenn

man über das Inland redet, die gesellschaftlichen Strukturen, die Milieus, in denen so etwas vorwiegend passiert? Vielleicht noch eine Frage an den Herrn vom Bundesamt für Verfassungsschutz: Inwieweit beobachten Sie denn im Phänomenbereich rechts auch Desinformationskampagnen, die eben dort entstehen, ohne Einfluss von außen?

Dann noch eine Frage an Frau Schwarz: Sie hatten von Krisenplänen gesprochen, die man erstellen könnte. Vielleicht könnten Sie das noch etwas näher ausführen. Wie könnten die aus Ihrer Sicht aussehen? Was müsste man dort festlegen? Was ist zu tun, wenn man so eine Kampagne erkennt?

Dann hätte ich noch die Frage, ob es aus Ihrer Sicht irgendwelchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt. Wir sind ja hier der Gesetzgeber, zwar nur auf Landesebene, aber über Bundesratsinitiativen können natürlich Bundesländer auch aktiv werden, Bundesrecht zu ändern. Was würde Ihnen da einfallen? Was, würden Sie denken, wäre im Moment sinnvoll und notwendig? – Dabei würde ich erst einmal belassen. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrader! – Bitte, Herr Abgeordneter Vallendar, Sie haben das Wort!

Marc Vallendar (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich fange meinen Redebeitrag mit der eigentlich einfachen Frage an: Wer ist eigentlich Inhaber der Wahrheit? Das ist nämlich eine ganz entscheidende Frage, wenn man sich um das Thema der vermeintlichen Desinformationen dreht. Wer entscheidet am Ende, was wahr ist und was unwahr ist? Das ist letztendlich auch die Frage: Entscheidet eine Regierung über die Wahrheit, oder macht das die Öffentlichkeit? Was in den Redebeiträgen gar nicht vorkam, ist, dass, wenn überhaupt Wahrheit überprüft wird, sie eigentlich an den Gerichten überprüft wird. Wenn Sie ein Strafverfahren haben wegen Verleumdung und übler Nachrede, werden Tatsachen dort auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft, mit Beweisangeboten, mit einem förmlichen Verfahren, mit all dem. Sind nun Faktenchecker oder Landesmedienanstalten die Richtigen für die Überprüfung der Wahrheit? – Das halte ich für schwierig.

Frau Smirnova, Sie hatten die Landesmedienanstalten angesprochen. Wie bewerten Sie eigentlich diesen Fall der Landesmedienanstalt in NRW, die den YouTuber Ben Berndt jetzt angeschrieben hat in Bezugnahme auf sein Höcke-Interview – der hat übrigens auch Frau Ricarda Lang von den Grünen schon mal interviewt – und ihn auffordert: Wir bitten Sie, Ihre gesamten Angebote auf die Einhaltung der journalistischen Sorgfalt hin zu prüfen und dies bei zukünftigen Beiträgen zu beachten? Sehen Sie das als eine Einschüchterung, wenn eine solche Stelle so etwas tut, oder halten Sie das für richtig? Sollte das die Rolle der Landesmedienanstalten sein? Sollte es unterbunden werden, dass YouTuber, die sich auch nicht als Journalisten bezeichnen, einfach jemanden in ihren Podcast einladen und ihn reden lassen? Oder meinen Sie, dass man dann das frei laufen lassen sollte in einer freien Gesellschaft? – Das wäre die Frage, die ich in diesem Zusammenhang hätte.

Informationen lassen sich in der heutigen Zeit schwieriger steuern und filtern. Aus meiner Sicht ist das aber auch gut so. Es gibt ja bei X zum Beispiel auch Möglichkeiten, dass die Nutzer Beiträgen noch eigene Kommentare zufügen können, die dann, wenn genügend Leute das unterstützen, auch eingeblendet werden, wenn zum Beispiel ein Video falsch ist oder einen falschen Zusammenhang hat. Es kommt ja häufiger vor, dass ein Terroranschlag, ein veraltetes Video gezeigt wird, und die Leute sagen erst mal: Gott, da ist jetzt ein Terroranschlag –, und dann passt das Video gar nicht zu dem, was da eigentlich gezeigt wird. Wäre das nicht vielleicht eine unterschwelligere Sache, dass die Nutzer selbst solche Sachen markieren können und es dadurch dann vielleicht auch einen offeneren Meinungsdiskurs gibt über die Frage: Ist das jetzt wahr oder ist es unwahr? Und ist das nicht viel besser, als wenn jetzt eine staatliche Behörde kommt und sagt: Wir löschen diesen Beitrag, oder wir zensieren an gewisser Stelle? – Das wären meine Fragen. Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Vallendar! – Bitte, Frau Abgeordnete Ahmadi, Sie haben das Wort!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich finde es zum einen sehr erfreulich, dass die Forderungen, die die Expertinnen und Experten gerade als Teile der Lösung genannt haben, tatsächlich auch in unserem Antrag als Maßnahmen aufgezählt sind. Allerdings möchte ich auch noch einmal auf die Frage eingehen, die Herr Kollege Schrader gestellt hat, wie das Verhältnis zwischen ausländischen Einflussnahmen und Desinformationskampagnen und inländischen ist. Was demokratiedelegitimierende Narrative angeht, haben wir von zwei Vorrednern gerade breitgefächerte, wirklich unerhörte Redebeiträge gehört. Ich muss hier mal als Medienpolitikerin die Landesanstalten, vor allem die Medienaufsicht in Schutz nehmen, die eine großartige Arbeit als unabhängige Institution leistet. Die sind unabhängig von jeglicher staatlicher Einflussnahme. Da sitzen, in unterbesetzten Personalien, Menschen, die tagtäglich schreckliche Dinge im Netz sehen; ob es jetzt um Desinformationskampagnen geht, um Pornografie, Kindesmissbrauch, verfassungswidrige Inhalte, aber auch strafrechtlich relevante Inhalte. Das überprüfen sie, und zwar mit einer massiven Sorgfalt. Wir haben eben erlebt, dass die AfD mittlerweile nicht nur Regierungen und Koalitionen delegitimiert, sondern auch schon lange den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der beispiellos ist weltweit, was unabhängige Presse und Berichterstattung angeht, und entsprechend die Medienaufsicht, die wir hier haben.

Ich hätte jetzt nach diesem Statement noch mal so einige Fragen, und zwar zur Vertiefung der Einblicke in die Bedrohungslage, gerade vor den Wahlen in Berlin und in Sachsen-Anhalt, aber ganz besonders in Berlin: Welche Erkenntnisse haben wir bisher, ob es bereits Kampagnen gibt und welche Kampagnen? Wie versuchen Sie, dem vorzubeugen, sofern Sie das hier berichten können?

Dann würde ich von unseren beiden Expertinnen gern einmal wissen in Hinblick auf die Umsetzung von DSA, Digital Services Act, auf EU-Ebene und natürlich die nationale Zuständigkeit mit DSC und DDG: Ist Deutschland da überhaupt gut gewappnet? Wie machen wir uns eigentlich bei der Umsetzung dieser Richtlinien?

Die Medienanstalten kommen ja praktisch nicht mehr hinterher, was diese ganzen Überprüfungen angeht. Da bin ich sehr dankbar, dass wir im Medienausschuss, was die Finanzierung der Medienaufsicht angeht, einen Schritt weiter sind; noch lange nicht da, wo sie es brauchen,

aber da haben wir zum Glück gerade vor einem Monat den Vorwegabzug für mabb Berlin reduziert. Aber da sind wir, wie gesagt, noch lange nicht da, wo wir sein sollten.

Ich würde gerne noch etwas über die Ziele, Strategien und Taktiken der russischen Einflusskampagnen wissen. Warum führt Russland einen hybriden Krieg? – Das wissen wir alle, aber vielleicht können Sie es noch einmal kurz darstellen. Welche Themen werden dabei instrumentalisiert, außer den Krisen, die wir global erleben? Welche Strategien zur Stärkung der Resilienz gibt es auch als internationale Zusammenarbeit sowohl auf EU-Ebene, aber auch in den transatlantischen Beziehungen? Wir wissen, wie schwierig das gerade ist, gerade beim Thema Desinformation und Faktenchecks. Welche haben sich bisher als besonders vielversprechend erwiesen? – Ich glaube, das war es erst einmal. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Ahmadi! – Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen; mit Ihrem Einverständnis werde ich die Redeliste an dieser Stelle schließen, damit unsere Anzuhörenden noch die Möglichkeit haben, den Ausführungen mit gebührendem Raum zu erwidern. – Dann bitte ich jetzt Herrn Abgeordneten Matz fortzufahren. – Bitte, Sie haben das Wort!

Martin Matz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sie alle drei, aber besonders habe ich das bei Frau Smirnova herausgehört, haben die Rolle von russischer Desinformation hervorgehoben. In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage, weil Sie das teilweise auch über Deutschland hinaus beobachten: Die baltischen Staaten, Litauen, Lettland und Estland, sind ja mindestens genauso Ziel von Desinformationskampagnen wie Deutschland; ich glaube, das ist viel zu vorsichtig ausgedrückt, da wird eher noch viel massiver versucht, die Bevölkerung zu verunsichern und in die falsche Richtung zu beeinflussen oder mit Unwahrheiten zu beeinflussen. Dennoch kann man feststellen – das ist jetzt zumindest meine unwissenschaftliche Erkenntnis –, dass diese drei Gesellschaften sehr viel resistenter sind gegen diese Kampagnen, als wir das in Deutschland sind. Gleichzeitig kann man auch feststellen, dass Parteien, die von sich behaupten, patriotisch zu sein, aber in Wirklichkeit mit ihren europafeindlichen und anderen Positionen genau das aufgreifen, was an Desinformationsstrategien gemacht wird, also im Ergebnis eigentlich gar nicht patriotisch sind, auch in diesen drei Staaten völlig erfolglos sind, während man hier in Deutschland ja leider feststellen muss, dass es mit einem gewissen Erfolg betrieben wird, solche Narrative zu übernehmen und letztendlich gegen unsere eigenen Interessen hier einzusetzen. Ich persönlich verorte das vor allen Dingen bei der AfD. Dazu würde ich gerne noch ein bisschen mehr von Ihnen hören. Halten Sie diesen Vergleich zu den baltischen Staaten, den ich da gerade aufgemacht habe, für sinnvoll und valide? Sie haben ja auch Maßnahmen aufgezählt, was wir machen könnten, aber vielleicht noch mal konkret: Was müssten wir machen, um so resilient gegen Desinformationsstrategien des russischen Hintergrundes zu sein, um das genauso gut zu machen wie die baltischen Länder?

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Matz! – Herr Abgeordneter Mirzaie, bitte!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank, auch an die Anzuhörenden, deren Arbeit ich schon seit vielen Jahren sehr interessiert verfolge und dadurch viele neue Informationen bekomme! Ich fand das alles sehr plastisch dargestellt, denn tatsächlich geht es eben nicht darum, den Leuten zu vertickern: Eins plus eins ist drei –, sondern der Zweifel

reicht: Ist eins plus eins wirklich zwei? Das ist wirklich der Punkt, an dem angesetzt wird bei der Desinformation.

Sie haben es schon gesagt, KI spielt da natürlich eine herausgehobene Rolle. Wir sehen insbesondere zum Beispiel im rechtsextremen Bereich, dass sich da ganze Fake-Identitäten bilden. Wir erleben viele Profile, in denen KI-generierte Fake-Personen zum Beispiel für die AfD werben; es ist sehr beliebt in den Kreisen der rechtsextremen Partei, dass dort mit Fake-Identitäten dann auch Werbung gemacht wird für die Partei. Gleichzeitig erleben wir aber auch, dass diese Entwicklung der KI und Deepfakes und anderes natürlich auch das Vertrauen in existierende Social-Media-Plattformen extrem erschüttern. Nicht umsonst sprechen einige auch vom Anfang des Endes von Social Media, weil man in ein paar Jahren – und das wird schneller kommen, als es uns allen recht ist – nicht mehr unterscheiden wird können: Ist das wirklich der echte Ari oder die echte Anne, die da in dem Video etwas sagt, oder ist das ein Deepfake? Insofern wird es auch noch mal eine Herausforderung für die Parteien und Abgeordneten, wie wir in einigen Jahren überhaupt Öffentlichkeitsarbeit rund um unsere politische Arbeit organisieren oder ob es da noch mal neue Entwicklungen auch technischer Art gibt.

Mich wundert es auch nicht, dass die rechtsextreme AfD hier diesen Desinformationsbegriff allgemein ablehnt. Wir erleben ja als Teil dieser Strategie nicht nur das klassische, sage ich mal, Falschinformationen-Streuen, sondern auch Entwicklungen wie das sogenannte False Balancing, also auf Deutsch gesagt falsche Ausgewogenheit. Das ist auch noch mal eine Strategie, in der Akteure, die Desinformation oder Falschinformation verbreiten, versuchen, sich auch in den Diskurs zu schieben. Da geht es dann zum Beispiel auch gar nicht darum, ob man jetzt wirklich der Meinung ist, die Erde ist flach oder nicht. Es reicht, dass eine Person, die meint, die Erde sei flach, denselben Anspruch erhebt, in der Talkshow oder so mitzudiskutieren, wie jemand, der vielleicht zehn Jahre Geografie studiert hat. Das ist zum Beispiel auch noch eine Strategie, wo klassische Medien, glaube ich, gefordert sind, hier auch zu gucken, dass man entsprechende Gesprächspartner und -partnerinnen mit Bedacht auswählt.

Dann will ich noch eine Frage an die Anzuhörenden richten: Wie sieht es denn mit der Verantwortung der Techkonzerne in dem Bereich aus? Kommen die Ihrer Meinung nach ihrer Verantwortung nach? Was waren die Entwicklungen der letzten Jahre? Ich weiß, dass bei TikTok und anderen echte Menschen in der Kontrolle von solchen Dingen immer weiter von den Personalplänen gestrichen werden. Vielleicht haben Sie ja noch mal mehr Infos für mich.

Dann wurde hier, glaube ich, eben gesagt, Desinformation sei kein rechtlich umfasster Begriff. Das ist natürlich eine Frage der Perspektive, aber ich würde sagen, so Sachen wie üble Nachrede, Verleumdung, Volksverhetzung und so weiter sind schon Straftatbestände, die in der Schnittmenge von Desinformation liegen. Insofern ist es mitnichten so, dass Desinformation oder der Umgang damit ein völlig rechtlich losgelöstes Thema wäre, sondern es ist tatsächlich ein großes Thema.

Und dann möchte ich noch fragen: Viele rechtsextreme Organisationen, Vorfeldorganisationen arbeiten ja auch mit diesem Cherry Picking, mit dieser selektiven Informationsaufarbeitung. Ist das auch eine Form von Desinformation, wenn ich den ganzen Tag in der Zeitung und im Fernsehen einfach nur gucke: In welchem Supermarkt hat irgendjemand mit Migrationsgeschichte einen Kaugummi geklaut? – und das einfach alles scanne und aufschreibe und weglasse, dass auch Menschen ohne Migrationsgeschichte vielleicht im Supermarkt klauen

und es dann am Ende so darstelle, als ob hier in ganz Deutschland die ganze Zeit nur Menschen mit Migrationsgeschichte Kaugummis im Supermarkt klauen würden? – Das ist eine beliebte Strategie; PI-News – Politically Incorrect –, Tichy und andere arbeiten damit. Insofern meine Frage: Würden Sie sagen, dass diese Art von selektiver Informationsaufbereitung auch eine Form von Desinformation ist? – Dabei würde ich es erst einmal belassen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mirzaie! – Herr Abgeordneter Dregger, bitte, Sie habend das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte die Bemerkung von Herrn Kollegen Vallendar aufgreifen, der sagte: Was ist eigentlich wahr? – Diese Bemerkungen und auch die wichtige Diskussion darüber hat das Potenzial, die Arbeit unserer Verfassungsschutzorganisationen zu delegitimieren. Denn wenn es keine Wahrheiten gibt, dann gibt es auch keine Prävention gegen Desinformation. Deswegen möchte ich Ihnen jetzt einen Fall nennen, den Sie alle kennen, der ein absolutes Beispiel dafür ist, wie mit Unwahrheiten Desinformation betrieben worden ist, und zwar vom Kreml. Das ist der Fall Lisa, der sich 2016 in Berlin ereignet hat, als ein junges Mädchen im Alter von 13 Jahren von Familienangehörigen als vermisst gemeldet worden ist, und dann russische Journalisten der Staatsmedien die Behauptung verbreitet haben, es sei möglicherweise von Flüchtlingen vergewaltigt worden und Ähnliches Schreckliches. Das führte so weit, dass es Demonstrationen an verschiedenen Orten in Deutschland, auch in Berlin, vor dem Kanzleramt gab gegen die deutsche Polizei, die angeblich unzureichend ermittelt, und es führte sogar dazu, dass der russische Außenminister sich nicht entblödet hat, dieses Thema auf diplomatischen Kanälen gegenüber der Bundesregierung anzumerken und den Vorwurf zu erheben, die deutsche Regierung und Polizei würden etwas vertuschen. Das alles war unwahr.

Insofern gibt es Fälle, in denen es Wahres von Unwahrem zu unterscheiden gibt. Um dem nun auch im Hinblick auf Wahlen oder zukünftige Bedrohungen unserer Resilienz entgegenzuwirken, ist es ungeheuer wichtig, jetzt die Frage nach der Wahrheit und der Desinformation nicht schon im Keim zu delegitimieren, sondern ernst zu nehmen. Deswegen möchte ich diese Debatte jetzt nutzen, damit Sie nicht in Ihren sozialen Netzwerken von dieser Debatte wieder mitnehmen, das hier alles diene doch im Grunde nur der Unterdrückung Ihrer Wahrheiten. Das ist einfach falsch.

Das möchte ich nun mit einer Frage an die Sachverständigen verbinden, und zwar im Hinblick darauf, ob russische oder überhaupt ausländische Mächte auch inländische Proxys nutzen, wissentliche oder unwissentliche, um auf unseren Informationskanälen in unserem Land für zersetzende Desinformation zu sorgen. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Frau Abgeordnete Atli, bitte, Sie haben das Wort!

Sebahat Atli (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir im Namen der SPD an die Sachverständigen heute für Ihre Expertise, die Sie mit uns teilen! Ich habe auch einige Fragen. Eine Frage zunächst einmal: Welche Verbindung besteht zwischen Cyberangriffen und Desinformationskampagnen aus Ihrer Sicht? – Welche konkreten Ziele verfolgt der Senat über eine ressortübergreifende Strategie gegen Desinformation und hybride Bedrohungen? Welche Maßnahmen wurden bisher umgesetzt, sofern welche umgesetzt wur-

den? Welche Maßnahmen gegen Desinformation haben sich international als wirksam erwiesen, die Sie hier erwähnen könnten? Schließlich als eine der letzten Fragen: Welche Erfahrungen gibt es in Bezug auf Präventionskampagnen des Senats, die Sie auf den Weg gebracht haben? Und plant der Senat, künftig auch Präventionskampagnen auf den Weg zu bringen?

Dabei denke ich insbesondere an russisch-orthodoxe oder auch russisch-evangelische freikirchliche Gemeinden. Gibt es da eine Zusammenarbeit der Senatsverwaltung mit diesen Multiplikatoren und wichtigen Akteuren, die vor Ort bei uns hier auch voll im Leben sind, integriert sind? Laut Informationsstatistik für Berlin und Brandenburg gibt es in Berlin 73 000 russischstämmige Menschen, von denen 38 000 deutsche Staatsbürger geworden sind, weil sie Spätaussiedler sind, und 89 000 Menschen aus der Ukraine, von denen 14 000 die deutsche Staatsbürgerschaft innehaben. Es ist natürlich auch wichtig, dort Zusammenarbeit zu führen und die Wichtigkeit von Desinformationen und die Offenheit zu der Thematik zu thematisieren. – Ich hoffe, die Senatsverwaltung bekommt die Fragen mit. – Da wäre es wichtig, Ihre Erkenntnisse zu dieser Thematik zu hören. Ich will jetzt nicht irgendetwas in die Welt streuen, da gäbe es keine; mir ist es nur nicht bekannt. Es wäre aber wichtig, die Menschen mit einzubinden, denn das ist eine große Wählergemeinschaft, wenn wir 38 000 russischstämmige – in Anführungszeichen – Spätaussiedler mit deutscher Staatsbürgerschaft haben und 14 000 aus der Ukraine stammende Wählerinnen und Wähler.

Schließlich habe ich noch zwei weitere Fragen: Welche Lehren wurden aus den vergangenen Desinformationskampagnen gezogen? Welche Konzepte gibt es gegen koordinierte Desinformationskampagnen während der Wahl und in Krisenlagen ganz konkret? – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Atli! – Dann kommen wir jetzt zur ersten Antwortrunde unserer Anzuhörenden. Ich schlage vor, dass wir das in umgekehrter Reihenfolge machen, wenn Sie einverstanden sind, und bei Frau Schwarz beginnen. – Bitte sehr, Frau Schwarz, Sie haben das Wort!

Karolin Schwarz (Freie Autorin): Vielen Dank! – Ich glaube, wir haben eine relativ robuste Definition des Begriffs Desinformation gehört und sehr viele Beispiele für Desinformationsnarrative und -kampagnen, von den gefakten Wahlzetteln in Leipzig bis hin zu Sabotageakten, die dann auch für Desinformation genutzt werden. Im Übrigen arbeiten auch Faktencheck-Organisationen mit entsprechenden Abstufungen, was die Frage des Wahrheitsgehalts angeht, und haben, wenn sie dem International Fact-Checking Network beitreten wollen, bestimmte Transparenzpflichten zu erfüllen. Deshalb arbeitet man mit Dingen wie Cherry Picking, das am anderen Ende der Skala ist, bis hin zur klaren, attribuierbaren Lüge. Das ist eine große Skala, die da eine Rolle spielt, und die wird entsprechend aufbereitet. Wir haben im Übrigen auch über Fake-Gruppen geredet, gerade in Großbritannien, wo eben Fake-Gruppen von vermeintlichen Rechtsextremen durch Russen gesteuert wurden oder auch Fake-Gruppen von Islamisten, die durch Russen gesteuert wurden. Das ist keine Überprüfung von Meinungen oder Prognosen, um die geht es in diesem Fall nicht.

Zu der Frage nach der Steuerung von außen im Vergleich zu inländischen Akteuren, vielleicht verbunden mit der Frage zum Milieu: Es gibt natürlich eine unglaubliche Wechselseitigkeit. Wir haben in den letzten Jahren oft gesehen, dass Falschmeldungen, die in Tansania verbreitet wurden, in Deutschland aufgegriffen wurden während der Pandemie. Wir haben erlebt, dass Dinge, die Tommy Robinson verbreitet hat, in Deutschland aufgegriffen wurden. So vernetzt

sich da eine globale Rechte, die auch mit Begriffen wie „Infokrieg“ hantiert. Das ist in anderen Szenen so nicht abzulesen, das gibt es in der Form nicht. Natürlich gibt es auch Desinformation, die auf eine ganze Reihe von anderen Menschen anspielt; ich habe das Thema medizinische Desinformation schon aufgegriffen, das betrifft eine ganze Menge von Menschen. Es ist natürlich auch so, dass es Desinformationsnarrative mit Ziel auf den Krieg in Nahost gibt, es gibt Desinformationsnarrative, die auf die Diskussion um die Wehrpflicht abzielen und so weiter. Wenn wir uns aber gerade die bekannten russischen Portale, die es gibt, anschauen: Da gibt es einen relativ kleinen Teil, der irgendwie progressive Linke anspricht – die gibt es, die sind auch bekannt –, und dann gibt es den ganzen Bereich, der deutlich vom Rechtsextremismus bis zum verschwörungsideologischen Umfeld Menschen ansprechen will.

Was die Krisenpläne betrifft, gibt es natürlich eine ganze Reihe von Dingen, die man machen kann; das Prebunking habe ich angesprochen. Es gibt ganze Narrative, auf die man sich vorbereiten kann, die man im Krisenfall auch noch mal hervorholen kann, um eben in die Kommunikation zu kommen. Es gibt die Möglichkeit von Tiplines, um überhaupt eine Ansprechbarkeit zu schaffen für Menschen, die Informationen sehen, um die verifizieren zu lassen. Und natürlich haben wir gerade in Krisengebieten oder bei Hilfsorganisationen inzwischen OSINT-Teams, die Verifikationen machen und schauen, wo Menschen sind, die Hilfe benötigen, wo Falschmeldungen unterwegs sind, und dann die entsprechend verifizierten Informationen herausgeben.

Was den gesetzgeberischen Handlungsbedarf betrifft: Ich glaube nicht, dass es nur eine Frage der Gesetzgebung ist. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die in den letzten Jahren eine Rolle gespielt haben, wenn es um Desinformation ging. Das ging bei der Volksverhetzung los und über Beleidigung und andere zivilrechtliche Belange weiter. Es ist jetzt schon 20 Jahre her, das irgendwer das erste Mal gesagt hat, das Internet ist kein rechtsfreier Raum; da haben wir noch ein bisschen Nachholbedarf, würde ich sagen. Aber das ist eher keine Frage von neuen Gesetzen. Die Frage ist: Ist es eine Möglichkeit, an das Geschäftsmodell Desinformation heranzukommen? –, weil wir gerade im Bereich der KI-generierten Inhalte einen Haufen Akteure haben, die nicht mal nur aus ideologischen Gründen Desinformation verbreiten, sondern um einfach Geld zu machen. Davon sind KI-generierte Desinformationen aus allen möglichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen online betreffen, und da ist auch die Frage, ob man da vielleicht die Plattformen in die Pflicht nehmen kann, was die Demonetarisierung und andere Dinge angeht.

Das Baltikum würde ich gerne kurz noch aufgreifen: Ich glaube, ich würde Ihnen da ein Stück weit widersprechen. Es gibt ja große Diskussionen im Baltikum. Es gab jetzt gerade auch das Ende der lettischen Regierung wegen dieser ganzen Drohnenvorfälle im Land. Was es gibt, ist natürlich ein sehr langjähriges Bewusstsein von einer Bedrohung, das in der Bevölkerung sehr klar vorhanden ist, einfach weil es der Nachbar ist. Es gibt natürlich gerade die ganzen Drohnenzwischenfälle, was teilweise ukrainische, teilweise russische Drohnen betrifft. Das ist natürlich eine Greifbarkeit, die völlig anders aussieht, die aber natürlich auch genutzt wird, um Menschen im Land massiv zu verunsichern und zu polarisieren. Wir sehen natürlich, es gibt auch kremlfreundliche Politiker und Politikerinnen, die einen großen Einfluss haben und die – ich war gerade erst in Riga – wirklich die halbe Stadt plakatieren, um da entsprechend Einfluss zu nehmen.

Die Verbindung Cyberangriffe und Desinformation: Ich glaube, der Kollege vom Verfassungsschutz kann dazu auch etwas sagen, aber da haben wir natürlich auch Dinge erlebt in den vergangenen Jahren, die in Sachen Hack and Leak gehen, wo erbeutete Dokumente verbreitet wurden, die dann aber auch durchaus mit Fake-Dokumenten angereichert und dann entsprechend für Desinformation genutzt wurden.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Schwarz! – Dann kommen wir zu Frau Smirnova. – Bitte, Sie haben das Wort!

Julia Smirnova (CeMAS): Vielen Dank! – Zu der Frage der Definition: Wie ich schon in meiner Stellungnahme erwähnt habe, geht es dabei stark um koordinierte Verhaltensweisen. Es geht nicht darum, dass bestimmte Meinungen zensiert werden. Es geht nicht darum, dass Beiträge nur aufgrund ihres Inhalts gelöscht werden, sondern es geht um Attribuierung, zum Beispiel durch technische Beweise. Und es geht darum, dass koordinierte Kampagnen eingedämmt werden. In Russland selbst wurde zum Beispiel schon lange die sogenannte Strategie von Zensur durch Lärm verwendet, indem der Informationsraum mit bestimmten sehr widersprüchlichen Behauptungen überflutet wird. Genau solches Vorgehen schadet der Meinungsfreiheit.

Beim Thema Faktencheck bestehen, wie meine Kollegin schon erwähnt hat, internationale Standards für Transparenz, und es bestehen auch tatsächlich sehr klare Regeln, wie zum Beispiel empirisch überprüfbare Fakten überprüft werden, mit welchen Beweisen, und wann man über Cherry Picking oder andere Methoden spricht.

Zu den russischen Zielen: Inzwischen steht es schon in offiziellen russischen Dokumenten, zum Beispiel im Konzept der Außenpolitik von 2023, dass sich Russland in einem hybriden Krieg mit dem Westen sieht. In der russischen Formulierungen hat der Westen diesen Krieg angefangen, aber dieser Begriff „hybrider Krieg“ wird in dem Konzept verwendet, und dementsprechend sind es auch unter anderem militärische Geheimdienste, die mit Desinformationskampagnen oder hybriden Kampagnen in Russland beauftragt sind. Das Ziel ist die Schwächung und die Zersetzung der Länder und der Gesellschaften, die Russland als feindlich oder unfreundlich betrachtet.

Dabei setzt Russland noch mal verstärkt auf Proxys, die angesprochen werden. Das können entweder Organisationen und Individuen sein, die aus ideologischen oder finanziellen Gründen mit Russland zusammenarbeiten, aber das können auch sogenannte Low-Level-Agents sein. Das können Menschen sein, die über kriminelle Netzwerke angeworben werden und die überhaupt nicht wissen, dass sie im Auftrag des russischen Staates agieren.

Zum Baltikum und anderen internationalen Maßnahmen möchte ich auf das Beispiel von Schweden und anderen skandinavischen Ländern eingehen. In Schweden gibt es die sogenannte Agentur für psychologischen Schutz, die als eine Koordinierungsstelle dient, auch für die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren auf der regionalen Ebene oder auf der kommunalen Ebene, und die unter anderem auch viele Ressourcen zur Verfügung stellt, damit auch kleinere Akteure bis zu Kommunen selbst überprüfen können, wie die Risiken in diesem Bereich aussehen und was sie selbst tun können, um sich zu schützen. Auch andere Maßnahmen, die bereits angesprochen wurden, erwiesen sich als erfolgreich, so das sogenannte Pre-

bunking oder Inoculation – das sind Bildungsprogramme, bei denen über manipulative Taktiken und rhetorische Mittel aufgeklärt wird.

Zur Umsetzung des DSA: Das ist ein langer Prozess, und wir sehen als zivilgesellschaftliche Akteure, dass die Social-Media-Unternehmen, die eine zentrale Verantwortung dafür tragen, dass autoritäre Staaten ihre Systeme nicht ausnutzen, sich zum Teil dagegen wehren, systemischen Risiken konsequent vorzubeugen und systematisch dagegen vorzugehen, eigene Terms of References durchzusetzen. Da ist die Aufgabe der Europäischen Kommission, aber auch in Deutschland der Bundesnetzagentur, an der Umsetzung des DSA weiterzuarbeiten.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Smirnova! – Herr Bannwart, bitte, Sie haben das Wort!

Fabrice Bannwart (BfV): Ich hoffe, Sie sehen mir das nach, aber besonders in offener Sitzung kann ich zu vielen der Fragen hier keine genaue Stellung beziehen. Ich möchte trotzdem auf ein paar einzelne Punkte eingehen, aber insbesondere auch, wenn es um die internationale Perspektive geht, verbietet es mir die Third-Party-Rule, darüber jetzt in der offenen Sitzung Auskunft zu erteilen.

Nachdem ich durch meinen Vortrag aufgrund der der kurzen Zeit hier etwas durchgerast bin, möchte ich noch einmal betonen, dass wir uns vor allen Dingen mit Informationsmanipulation beschäftigen und weniger mit Desinformation an sich. Das habe ich noch einmal extra betont, auch um klar zu machen, dass wir an Akteuren, Netzwerken, Kampagnen arbeiten und der Wahrheitsgehalt von einzelnen Postings, Aussagen, was auch immer, für uns nicht das entscheidende Merkmal ist, warum wir einer Sache nachgehen oder nicht.

Zum Thema Löschen: Auch hier will ich noch einmal betonen, dass es lediglich darum ging, dass Betroffene Löschanfragen oder Löschersuchen stellen können bei den sozialen Plattformen, sofern sie selbst betroffen sind, einfach um die Verbreitung zu verhindern. Nicht, dass das hier falsch aufgenommen wurde oder im Diskurs noch anders dargestellt wird: Das BfV löscht keine Social-Media-Postings.

Zu den Fragen, die zu den Maßstäben und der Attribuierung gestellt wurden: Ich möchte da auf eine Bundespressekonferenz im letzten Jahr verweisen, als unsere gemeinsame Analyse mit dem BND zu der „Storm-1516“-Kampagne vorgestellt wurde. Die Details kann man den Pressemitteilungen entnehmen. Im Einzelnen kann ich nicht tiefer darauf eingehen, denn ansonsten würde ich dem Gegner quasi direkt verraten, wie er Kampagnen für uns besser verschleiern kann. Aber wie gesagt, es gibt eine Bundespressekonferenz dazu, es gibt Pressemitteilungen dazu, zu der Attribution, zu der wir letztes Jahr gemeinsam mit dem BND beauftragt wurden. – Auch dazu, inwiefern Proxys hier genutzt werden oder nicht, kann ich in der offenen Sitzung leider keine weitere Stellung nehmen. Ich hoffe, Sie sehen mir das nach, Herr Dregger.

Verbindung Cyber und Desinformation, was von der SPD-Fraktion gefragt wurde: Natürlich, die meisten Aspekte von hybrider Kriegsführung haben auch stets eine kommunikative Komponente. Besonders Hack-and-Leak-Operationen haben ja quasi schon die Kommunikationskomponente im Wort. Das heißt, dass da eine Zielwirkung im Informationsraum von vornherein intendiert ist. Aber Cyberattacken, die nicht unter Hack-and-Leak-Attacken laufen, haben

natürlich auch eine kommunikative Wirkung, indem sie Unsicherheit erzeugen. Von daher sind die verschiedenen Wirkmittel hybrider Kriegsführung nicht so trennscharf voneinander zu unterscheiden. Gleiches gilt natürlich für Sabotage; auch Sabotageakte haben eine kommunikative Wirkung und können auch von staatlich gesteuerten Akteuren dann nochmals aufgegriffen und verstärkt werden.

Auch wurde die Frage gestellt, inwiefern die selektive Informationsaufbereitung Teil von Desinformation ist. Wie gesagt, der Begriff ist für uns jetzt nicht handlungsleitend, sondern eher Informationsmanipulation. Und natürlich ist Informationsmanipulation mehr als nur reine Desinformation, sondern auch einzelne Teilaspekte irgendwo aufzugreifen, sie aus dem Kontext zu reißen oder auch bestimmte Positionen inauthentisch zu verstärken, ist essenzieller Teil von staatlich gesteuerter Informationsmanipulation. Ich erwähnte bereits in meinem Vortrag, dass eben auch bestimmte Positionen, die der Russischen Föderation dienlich erscheinen, durch diese inauthentisch verstärkt werden, um so Einfluss auf den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu nehmen. Das will ich an der Stelle explizit noch mal betonen, weil hier in der Runde bisher der Fokus sehr stark auf Desinformation gelegen hat. – Soweit die Stellungnahme von meiner Seite, sofern ich auf die Fragen in der offenen Sitzung hier eingehen kann.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Bannwart! Wir haben selbstverständlich Verständnis dafür, dass Sie hier bestimmten Limits unterworfen sind in der Offenbarung entsprechender Angaben. – Gelegenheit zur Stellungnahme für den Senat! – Frau Senatorin Spranger, Sie haben das Wort!

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport): Herzlichen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! – Ich denke, das Ganze wird uns hier im Innenausschuss und auch im Verfassungsschutzausschuss noch sehr intensiv, gerade vor den Wahlen, beschäftigen. Wir haben ja im August und im September vor der Wahl noch mal Ausschusssitzungen. Ich bin sehr froh, dass wir einheitlich hier der Meinung sind, auch die Anzuhörenden, dass Desinformationskampagnen darauf abzielen, die öffentliche Meinung sehr klar zu beeinflussen und dadurch natürlich auch politische Diskurse klar zu manipulieren und Gesellschaften damit zu destabilisieren. Das ist der Sinn und Zweck dessen. Ich darf Ihnen, weil auch hier vorhin danach gefragt worden ist, eine Definition vortragen:

> „Desinformation ist die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen, um Einzelpersonen, Gruppen oder die öffentliche Meinung als Ganzes zu beeinflussen. Eine Desinformation liegt vor, wenn sie nach objektiven Maßstäben inhaltlich unzutreffend ist, der Urheber dies weiß und sie dennoch mit dem Ziel der Beeinflussung verwendet. Gleiches gilt für das Verschweigen wesentlicher Teile einer Information.“

Wir haben gerade ein Beispiel dazu gehört. Von wem kommt diese klare Definition? – Vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Das heißt also, Herr Bannwart, Sie haben das sehr klar definiert.

Wir haben hier auch Herrn Stelzl von der Bildungsverwaltung. Ich würde ihm dann auch gerne ganz kurz noch das Wort geben, weil wir ja schon mehrfach darüber gesprochen haben,

dass gerade junge Menschen nicht nur besonders angegriffen werden, sondern auch empfänglich dafür sind.

Ich will noch einiges sagen, vielleicht in komprimierter Form, weil wir nur bis 12.30 Uhr haben: Im Land Berlin bestehen vielfältige Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen der politischen Medienbildung, Sensibilisierungsangebote für Kinder, Jugendliche und Fachkräfte – dazu werden Sie noch mal kurz Stellung nehmen –, Beratungsangebote für Betroffene digitaler Gewalt, Maßnahmen der Strafverfolgung, Gefahrenabwehr sowie ressortübergreifende Vernetzungsstrukturen zwischen Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ein wichtiger Baustein, weil es vorhin auch angesprochen worden ist, ist zudem die zentrale Ansprechstelle Wirtschaftsschutz des Berliner Verfassungsschutzes. In diesem Forum – das ist, denke ich, hier für den Ausschuss auch wichtig – werden regelmäßig Sensibilisierungsmaßnahmen bei den relevanten Unternehmen und den Berliner Landeseinrichtungen durchgeführt. Ziel ist es natürlich, über aktuelle Gefährdungen zu informieren, das Bewusstsein für hybride Bedrohungen zu schärfen und Unternehmen dabei zu unterstützen, wirksame Schutzmaßnahmen zu etablieren. – Das darf ich jetzt erst mal dazu sagen. Wir werden uns hier noch unterhalten über die Auswertung der Anhörung. Insofern würde ich das jetzt erst mal verkürzen. Und wenn es geht, dann bitte noch kurz Herr Stelzl!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Insbesondere da Herr Stelzl so freundlich ist, uns heute zur Verfügung zu stehen, möchten wir davon auch Gebrauch machen. – Herr Stelzl, bitte, Sie haben das Wort!

Bernhard Stelzl (SenBJF): Herzlichen Dank für die Möglichkeit! – Mein Referat ist für Erwachsenenbildung zuständig. Deswegen: Schule, Schulpflicht, hoffentlich Informationskompetenz, Medienbildung finden statt; ich spreche jetzt sozusagen darüber, was die Berliner Landeszentrale für politische Bildung macht. Tatsächlich ist es seit Jahren, also es ist immer Bestandteil dessen, Kompetenzen zu stärken und die Informationskompetenz zu stärken, und speziell die letzten Jahre einfach nur beispielhaft zu sehen: Woran erkennt man Fake News? Oder – wir hatten es heute ja mehrmals diskutiert – wie wird über Fake News, über Manipulationen auf Wahlen Einfluss genommen? Das findet statt ganz praktisch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ebenso wie für Menschen, die es interessiert, Angebote der politischen Bildung bereitzustellen, um eben nicht auf jegliche Manipulation reinzufallen. Ich sage mal so ganz grob, eine Kompetenzstärkung im Bereich Informationskompetenz.

Wenn Sie mir noch die eine kleine Bemerkung gestatten, weil, als wir über Digital Natives sprachen, durchklang: Die kriegen es schon mit. – Nein, Achtung! Auch ungefähr jeder dritte Jugendliche, da gibt es Vergleichsstudien, verteilt Information, egal ob politisch oder nicht, die er nicht mal gelesen hat, und sagt: Okay, super, weiter so! – Also auch da haben wir noch Bedarf, sowohl in Schule als auch in der Erwachsenenbildung, uns einfach kompetenter aufzustellen. – Das war es. Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Stelzl! – Wir sind am Ende unserer Sitzungszeit angekommen. Wir wollen ohnehin das Wortprotokoll zur Anhörung auswerten können, daher werden wir die Tagesordnungspunkte 4 a bis 4 c vertagen. Es besteht dann auch noch mal die Möglichkeit, im Rahmen der Auswertung dem Senat weitere Fragen zu stellen.

Ihnen, liebe jetzt Angehörte, danke ich ganz herzlich für Ihr heutiges Kommen! Frau Schwarz, Frau Smirnova, Herr Bannwart, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben! Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Woche und danken für Ihre Expertise und die Zeit, die Sie für uns aufgebracht haben.

Dann werden, wie besprochen, die Tagesordnungspunkte 4 a bis c vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * * *